Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 5

Artikel: Indiens Weg
Autor: Chard, Sydney D.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159548

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

INDIENS WEG

VON SYDNEY D. CHARD, C.B.E., BOMBAY

Weshalb es zur Teilung kommen mußte

Bei fast allen Problemen besteht ein Umstand, der mehr als alle andern einen grundlegenden Einfluß auf das Endergebnis ausübt. Im indischen Problem bestehen typischerweise deren zwei. Der erste gründet sich auf die *Erinnerung der Mohammedaner an die Zeiten des Moghul-Kaiserreiches* in Nordindien, bevor die Briten das Land besetzt hatten. So fühlt sich der Mohammedaner seinem Hindu-Landsmann als Krieger weit überlegen. Sechzig Prozent der indischen Armee gehören seiner Glaubensrichtung an, und die Mohammedaner sind überzeugt, daß in einem von der Fremdherrschaft befreiten Indien die Möglichkeit ihrer Unterwerfung unter die Herrschaft der Hindus niemals zur Erwägung stünde. So erwarten sie denn im Grunde, daß in einem befreiten Indien ihr Wille herrschend sein sollte; notfalls sind sie bereit, sich auch mit der Gleichberechtigung zufrieden zu geben. Der zweite Umstand steht mit dem ersten in direktem Zusammenhang. Wenn nämlich den Mohammedanern eine Vertretung in der demokratischen Regierung eines «Vereinigten Indiens» angeboten wurde, so stand dies im Grunde im Gegensatz zu ihrer Überzeugung von der Überlegenheit ihres kriegerischen Volkes. Da die Hindus die Mohammedaner an Zahl übertreffen, und zwar im Verhältnis von drei zu eins, wären diese zudem im Vereinigten Indien dauernd in der Minderheit gewesen. Und mögen auch die Hindus sehr großmütig sein, so ist es doch unwahrscheinlich, daß — um ein Beispiel zu nehmen — ein Votum gegen die bestehende Regierung zustande käme, um in einer die religiöse Empfindlichkeit berührenden Frage eine Änderung der Politik herbeizuführen, selbst dann, wenn die Hindus bei ruhiger Überlegung sich sagen müßten, daß die Mohammedaner im Recht seien. Aber nicht nur in Fragen der Religion würde es zu Streitigkeiten innerhalb der Gemeinschaft kommen. Mit einer Bevölkerung, die zu 87 Prozent auf dem Lande lebt, ist Indien immer noch weit überwiegend ein Agrarstaat. Industrie und Großhandel aber sind vorwiegend nicht-mohammedanisch. Als ein Hinweis auf Meinungsverschiedenheiten, die sich aus diesem Umstand ergeben können, diene folgendes Beispiel. Bei der Aufstellung des diesjährigen Budgets erhöhte der Finanzminister der Interimsregierung, der Mohammedaner ist, den Steuersatz auf den größeren

Einkommen ganz erheblich. Diese aber rühren in der Hauptsache von Handel und Industrie her. Das Ergebnis war ein heftiger Protest der betroffenen Kreise, auf welchen jedoch der Finanzminister beruhigend entgegnete, durch die Steuererhöhung würden nicht mehr als 0,004 Prozent der indischen Bevölkerung betroffen. So verteidigte er Indiens Millionen Armer auf Kosten der wenigen Reichen. Dabei vergaß er aber zu erwähnen, daß die Reichen eben größtenteils aus Nicht-Mohammedanern bestehen, noch fanden es die Hindus angezeigt, dies hervorzuheben. Sie waren sich dabei der Tatsache bewußt, daß dieses Anti-Hindu-Budget in erster Linie von Kongreßführern angenommen wurde, die sich mehr mit politischen als mit finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten abgeben. Als dann die Finanzvorlage vor das Parlament kam, konnte man keine Änderungen daran mehr vornehmen, wollte man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, der Kongreß unterstütze die Reichen gegen die Armen! So wurde das Budget ein Sieg der Mohammedaner. Die dabei angewandte Taktik war nun so geschickt, daß man die geistige Urheberschaft des Mohammedanerführers *Jinnah* dahinter vermutete, dessen überragende Intelligenz sprichwörtlich ist. Immerhin kann aus diesem vereinzelten Sieg eben keineswegs geschlossen werden, daß in einem «Vereinigten Indien» der mohammedanische Standpunkt stets geschützt wäre. So kann denn allgemein kein Zweifel darüber bestehen, daß das feste Beharren der Mohammedaner auf einer Teilung Indiens nicht lediglich ein Zeichen widerstrebender Hartnäckigkeit darstellt, sondern daß er einer ernsten Furcht vor der Unterdrückung durch die Hindus entspringt.

Das *Erwachen der Mohammedaner* in Indien zu einem eigenen politischen Bewußtsein geht auf das Jahr 1906 zurück, da die «*All India Muslim League*» gegründet wurde. Der Einfluß der Liga wuchs rasch, bis sie — noch keine zehn Jahre alt — stark genug war, um mit dem einflußreichen «*Indischen National-Kongreß*» ein Abkommen, den Lucknow-Pakt, schließen zu können. Seitdem verlangten die Mohammedaner einen immer zunehmenden Anteil an der Verwaltung des Landes und an den Posten in der Regierung, und wenn es auch immer wieder zu Streitigkeiten unter den Mohammedanern kam, so war der Vormarsch der Liga doch nicht mehr aufzuhalten, bis sie, am Vorabend der ersten Wahlen unter dem indischen Regierungsakt von 1935, sich als die gewaltigste und allein wirksame Organisation der Mohammedaner durchgesetzt hatte. Und heute, unter der Führung von Jinnah, ist ihre Forderung nach der Teilung Indiens in so weitgehendem Maße erfüllt worden, daß selbst jene, die Indien und die Kongreßführer kennen, über die Größe des so errungenen Sieges geradezu verblüfft sind.

Kurz nach den Wahlen des Jahres 1936 bot sich übrigens Gelegenheit zu einer Annäherung zwischen Kongreß und Liga, als Jinnah

bekannt gab, daß die Liga bereit sei, mit jeder Gruppe oder Partei zusammenzuarbeiten; indessen verhinderte der Anspruch der Hindus, daß der «Indische National-Kongreß» allein die Interessen Gesamt-Indiens vertrete, die Annäherung. In der Folge kam es zu einer Verschärfung der Gegensätze, als sich der Kongreß die Unterstützung einiger Mohammedaner zu sichern suchte, die ohne Einfluß in ihren eigenen Reihen waren. So schuf er eine Kluft zwischen sich und Jinnah, und dieser wandte sich in Verbitterung ab. Wer — so mag man sich fragen — ist nun dieser unerbittliche Jinnah, der heute seinen Willen einem Fünftel der menschlichen Rasse aufzwingt? Ein Advokat, der sich in seinem Beruf ein Vermögen erwarb; hochgewachsen, schlank, elegant — einer der bestgekleideten Männer Indiens —, von scharfem, nüchternem Verstande, mit unsäglicher Geduld begabt und mit der Fähigkeit, dann nichts zu sagen, wenn Schweigen Gold ist. Das ist *Mohammed Ali Jinnah.* Ein nicht geringer Teil seines Erfolges rührt daher, daß er jeweils zuwarten kann, bis die hitzigeren Führer des Kongresses Indiskretionen begehen, aus denen er dann seinen Nutzen zieht. Vor allem aber weiß er, was er will: *Pakistan, das alte Moghul-Kaiserreich* — seine Domäne. Mag auch heute immer noch eine geringe Hoffnung auf ein einiges Indien bestehen — Jinnah scheint sein Ziel, die Teilung Indiens, zu erreichen.

Der Teilungsplan

Die *grundlegende Erklärung des britischen Premierministers vom 3. Juni 1947* vor dem Unterhaus sieht, kurz zusammengefaßt, die Teilung Indiens, mit Ausnahme der Fürstenstaaten, in *Pakistan* und *Hindustan* vor. Nach diesem Plan besteht Pakistan aus den Teilen der Provinzen *Sind, Punjab* und *Bengalen,* welche auf Grund der Volkszählung von 1941 als vorwiegend mohammedanisch zu betrachten sind, während die Bevölkerung der gemischten Teile des Punjab und von Bengalen ihrerseits darüber abstimmen soll, ob sie zu Pakistan oder zu Hindustan gehören will. So ist das Prinzip der Selbstbestimmung gleichsam erweitert worden; es kommt dadurch einer weiteren Teilung von «Jinnah-Pakistan» nach seiner Glaubenszugehörigkeit gleich. Nachdem einmal der Grundsatz der Teilung angenommen ist, kann diese weitere Selbstbestimmung nicht beanstandet werden, obwohl natürlich in den gemischten Gebieten große Gefahr von Unruhen besteht, bis einmal die Teilung durchgeführt ist. *Das übrige Indien (also mit Ausnahme der indischen Fürstenstaaten) wird Hindustan sein.*

Damit so rasch wie möglich über die Frage der Teilung beschlossen werden kann, werden die Mitglieder der gesetzgebenden

Versammlungen von Bengalen und des Punjab sich in zwei Teilen, nach Glaubenszugehörigkeit getrennt, versammeln — geteilt nach Distrikten mit mohammedanischer Mehrheit und solchen mit nicht-mohammedanischer Mehrheit —; aber es ist dies lediglich eine vorläufige Maßnahme, da für die endgültige Teilung dieser Provinzen eine eingehende Untersuchung der Grenzfrage notwendig sein wird. Sobald ein Beschluß über die Teilung für die eine oder andere Provinz gefaßt ist, wird der Generalgouverneur eine Grenzkommission bestellen, deren Zusammensetzung und Funktionen in Fühlung mit den Beteiligten geregelt werden sollen. Die gesetzgebende Versammlung von Sind (mit Ausschluß der europäischen Mitglieder) wird an einer besonderen Sitzung ebenfalls darüber beschließen, ob die Provinz geteilt werden soll oder nicht. Ungewöhnlich ist die Lage der «*Nordwestlichen Grenzprovinz*», indem zwei ihrer drei Vertreter bereits in der «Verfassunggebenden Versammlung» mitwirken, obschon diese von den Mohammedanern boykottiert wird. Falls nun der ganze Punjab oder ein Teil davon sich entschließen würde, der «Verfassunggebenden Versammlung», die gegenwärtig nur die Teile Indiens vertritt, welche zu Hindustan kommen würden, nicht beizutreten, so ist es klar, daß der «Nordwestlichen Grenzprovinz» in Anbetracht ihrer geographischen Lage Gelegenheit gegeben werden müßte, ihre Einstellung neu zu erwägen. *Britisch-Belutschistan* hat bereits einen Vertreter gewählt, der indessen seinen Sitz in der bestehenden «Verfassunggebenden Versammlung» noch nicht eingenommen hat. Auch diesem Distrikt wird Gelegenheit geboten werden, seine Einstellung neu zu prüfen. *Assam,* eine vorwiegend nicht-mohammedanische Provinz, umfaßt den an Bengalen anstoßenden Distrikt von Sylhet, welcher überwiegend mohammedanisch ist. Demzufolge wird, sofern Bengalen geteilt werden sollte, in Sylhet eine Abstimmung durchgeführt, um auch dort den Willen des Volkes festzustellen.

Gegenstand der Abstimmung in den umstrittenen Provinzen ist die Frage: *Beitritt zur gegenwärtigen «Verfassunggebenden Versammlung»* (die von den Mohammedanern boykottiert wird), oder *Bildung einer eigenen Versammlung,* die den Rahmen für Pakistan zu formen hätte. Im übrigen interessieren hier weniger die komplizierten Einzelheiten der Teilung, als vielmehr das Faktum, daß die Teilung im Grundsatz anerkannt worden ist.

Die Aufnahme des Teilungsplanes

Wie wurde nun der Plan von den politischen Führern Indiens aufgenommen? Wir hätten — offen gesagt — einen weniger düstern Ton erwartet, als er beispielsweise aus der Äußerung *Pandit Nehrus*

erklang: «Keine Freude erfüllt mein Herz...», oder auch aus *Jinnahs* Bemerkung: «Die Liga muß den Plan noch einer nüchternen, ruhigen und leidenschaftslosen Prüfung unterziehen. In gewisser Beziehung entspricht er nicht unserer Ansicht, und wir können weder sagen noch fühlen, daß wir befriedigt sind». Auch lautete der Kommentar des *Führers der Sikhs,* Sardar Baldev: «Es ist müßig, zu heucheln, der Tag sei so schön wie wir ihn erhofft haben; es wäre unwahr, zu sagen, wir seien allesamt glücklich». Man hätte von Führern, die selbst so kläglich versagt hatten, als es galt, eine annehmbare Lösung auszuarbeiten, eine weniger zurückhaltende Aufnahme des Planes erwarten dürfen. Ist es zu viel gesagt, daß größere Männer ihre Anerkennung für die unermüdliche Arbeit derer, die sich so lange um die Lösung des indischen Problems bemüht hatten, mit weniger Einschränkungen ausgesprochen hätten? Und daß sie auch versprochen hätten, sich jetzt wenigstens voll für die richtige Durchführung einzusetzen? Es blieb *Churchill,* einem angeblichen Gegner der indischen Freiheit, vorbehalten, Attlee und dem Vizekönig freimütig Tribut zu zollen. Auch war es Churchill, der eine optimistische Note anschlug, indem er im Unterhaus sagte: «Vielleicht wird gerade die Teilung Indiens seine Einheit im britischen Commonwealth erhalten. Im Zauberkreis der britischen Krone könnte dies geschehen, gerade so wie es bei den sich selbst regierenden Dominions geschieht, nachdem alle andern Bande, außer denen des Gefühls, gelöst sind».

Wie man weiß, wird die britische Regierung ihre Vertreter schon vor dem ursprünglichen Datum — vorgesehen war der Juni 1948 — von Indien abberufen, nämlich auf Mitte August des laufenden Jahres. Bis auf weiteres werden die *beiden Länderteile Mitglieder des britischen Weltreiches* bleiben. Darin, so fühlt man, liegt die Kraft und die Zukunft Indiens. Es gibt viele, die eine *Monarchie* als einen kostspieligen Luxus ansehen; aber in britischer Gestalt hat sie eben die Fähigkeit, zu verbinden ohne zu fesseln. Im Falle Indiens bedeutet die Verbindung mit der Krone zudem den unschätzbaren Vorteil, daß durch den Generalgouverneur wenigstens die zentrale Kontrolle über die Finanzen, das Transportwesen und vor allem über die Armee erhalten bleibt — diese Armee, in der sechzig Prozent Mohammedaner und vierzig Prozent Hindus in vorbildlichem Zusammenwirken in den gleichen Einheiten dienen. Jedenfalls kann der Einwand, Indien werde «balkanisiert», nicht erhoben werden, wenn die Krone die Verbindung schafft. Aber auch dann, wenn jeder der beiden Teile Indiens sich entschließen sollte, seinen eigenen Generalgouverneur zu ernennen — heute die wahrscheinliche Lösung —, wäre immer noch dieses gemeinsame Band, das Band der Krone, vorhanden. Was die *Fürstenstaaten* betrifft, so bestand ihre Verbindung zur Krone schon bisher; indessen wäre eine Zusammenfassung der kleineren Fürstenstaaten

notwendig, um diese am Leben zu erhalten. Von den größeren Fürstenstaaten haben bereits einige ihren Willen bekanntgegeben, unabhängig zu bleiben, und der Maharadschah eines der größten Fürstenstaaten, früherer Kanzler des Fürstenrates, hat sich kürzlich gar in entschieden mißbilligender Weise über die Politik der gegenwärtigen britischen Regierung ausgesprochen. Allein es ist eine große Welt, in der Indien lebt, sie ist voller sich widersprechender Interessen, und alte Bindungen reißen nicht so leicht. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen England und den Fürstenstaaten beruht auf Verträgen, und eine vollständige Loslösung ist nicht wahrscheinlich.

Blick in die Zukunft

Und nun bleibt uns noch, den heiklen Boden der Prophezeiung zu betreten. Nach nahezu dreißigjährigem Aufenthalt in Indien glauben wir berechtigt zu sein, uns die Freiheit zu nehmen, daß wir sagen, wir gehen mit Churchill einig — aber ohne dessen Vorbehalte. Indien hat eine glänzende Zukunft vor sich, und es wird sie, wenn ihm die Freiheit gegeben ist, nicht beflecken. In der *Übergangszeit* können wohl *Zwistigkeiten* entstehen; allein wenn man den Vorzug gehabt hat, indischen Führern zu begegnen, so mag man als die auffallendste Veränderung während des letzten Jahres bemerken, wie sie heranreiften unter der Verantwortung, die ihre Wahl in die Interimsregierung mit sich brachte. Es ist nicht selten, daß Verantwortung einen mäßigenden Einfluß selbst auf die stärksten Persönlichkeiten ausübt; die indischen Staatsmänner bilden hierin keine Ausnahme. Neben den Aufgaben ihrer Ressorts haben sie auch die noch größere Last des politischen Kampfes getragen. Laßt die neue Verfassung sich formen, befreit diese Führer von den Fesseln ihrer politischen Vergangenheit, — dann werden wir eine Regierung des indischen Volkes erleben, die nicht weniger aufgeklärt ist als jede andere in der Welt.

Was endlich die Zukunft der *europäischen Geschäftsinteressen* anbelangt, so scheinen uns die Möglichkeiten nach der Übergangsperiode eher besser als in der Vergangenheit, da nun das Vorurteil gegen die privilegierte Stellung der Fremden — in welcher Beziehung privilegiert, war freilich oft schwer zu erkennen! — verschwindet. Immerhin ist eine Voraussetzung unumgänglich: wenn die Europäer in Indien Handel treiben, müssen sie sich darüber klar sein, daß die indischen Interessen in erster Linie berücksichtigt werden wollen. Dies ist keine unbillige Forderung; — man mag sie anerkennen, und Indien wird die europäische Mitarbeit willkommen heißen und ihr von sich aus einen ehrenhaften Platz in Handel und Industrie offen halten.